



Medienmitteilung

Ergebnisse der VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Juni 2018

Thomas Milic, Thomas Reiss und Daniel Kübler, ZDA
unter Mitarbeit von Anke Tresch, Laura Scaperrotta und Lukas Lauener, FORS

Aarau, Lausanne 26.07.2018

Geldspielgesetz: Spaltung der Generationen blieb aus

Dem Geldspielgesetz wurde hauptsächlich zugestimmt, damit die Erträge aus den Geldspielen weiterhin in der Schweiz bleiben. Zudem war eine Mehrheit nicht davon überzeugt, dass die vorgesehenen Netzsperrungen ein erster Schritt in Richtung Internetzensur seien. Eine Generationenspaltung beim Entscheid zum Geldspielgesetz gab es einzig bei den Deutschschweizer Männern. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'509 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Abstimmung vom 10. Juni 2018. Die Studie wurde vom ZDA, von FORS und vom Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Zugestimmt wurde dem Geldspielgesetz hauptsächlich, damit die Erträge aus den Geldspielen weiterhin in der Schweiz bleiben. Mit dem Gesetz verbanden viele Ja-Stimmende sodann strengere Regulierungen, die sie gerade beim Geldspielmarkt für nötig hielten. Aussergewöhnlich hoch war zudem der Anteil derer, die sich an Empfehlungen hielten: 15 Prozent der Ja-Stimmenden orientierten sich bei ihrem Entscheid primär an Empfehlungen von Regierung, Parteien, Verwandten oder Bekannten. Den Gegnerinnen und Gegnern des Gesetzes gelang es hingegen nicht, eine Mehrheit von ihrem Hauptargument zu überzeugen, wonach die Netzsperrungen ein erster Schritt in Richtung Internetzensur seien. Nur für eine Minderheit der Stimmenden bedeutete das Gesetz eine grundsätzliche Einschränkung der Internetfreiheit. Keine Rolle für den Entscheid spielten die Diskussionen über die Finanzierung von Kampagnen durch ausländische Unternehmen.

Die Spaltung der Generationen, die im Vorfeld der Abstimmung über das Geldspielgesetz erwartet wurde, blieb weitgehend aus. Junge Stimmende hiessen das Gesetz beinahe gleich deutlich gut wie ältere Stimmende. Einzig bei den jungen Deutschschweizer Männern fiel das Mehrheitsverhältnis knapp aus. Die FDP-Anhängerschaft nahm die Vorlage trotz Nein-Parole der FDP Schweiz und der Jungfreisinnigen deutlich an. Auch die Parole der JUSO fand in der SP-Anhängerschaft kaum Gehör: 80 Prozent legten ein Ja in die Urnen. Die in den Nein-Komitees engagierten Jungparteien vermochten weder die jungen Stimmberechtigten zu mobilisieren, noch gelang es ihnen, die Stimmenden von ihrer Linie zu überzeugen.

Vollgeld-Initiative: Eine Angelegenheit des Vertrauens

Die Vollgeld-Initiative bereitete den Stimmenden erhebliche Mühe. 58 Prozent gaben an, es sei ihnen bei dieser Vorlage schwer gefallen, zu verstehen, worum es ging. Aus diesem Grund spielten Empfehlungen von Akteuren, denen man Vertrauen schenkt, eine sehr bedeutende Rolle: Gemäss eigenem Bekunden folgten 21 Prozent der Ablehnenden und acht Prozent der Ja-Stimmenden entsprechenden Empfehlungen. Bei den Ja-Stimmenden kamen noch 17 Prozent hinzu, die das Begehren annahmen, weil sie ein Misstrauen gegenüber den Geschäftsbanken hegen.

Die Argumente der Initiativbefürworterschaft fanden zwar durchaus Anklang. Nichtsdestotrotz hielt eine überwiegende Mehrheit der Stimmenden einen Wechsel zu einem Vollgeldsystem für ein zu riskantes Experiment, das sie nicht einzugehen gewillt waren.

Zitierweise: Thomas Milic, Thomas Reiss und Daniel Kübler (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Juni 2018*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern.

Für Fragen zur Studie: Dr. Thomas Milic, 079 600 82 36, thomas.milic@zda.uzh.ch.

Alle VOTO-Studien auf: www.voto.swiss.

Die Abstimmungsvorlage

An der Abstimmung vom 10. Juni 2018 hatte das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld. Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)» und das Geldspielgesetz zu befinden. Das Geldspielgesetz wurde vom Stimmvolk mit einem Ja-Anteil von 72.9% gutgeheissen. Die Vollgeld-Initiative hingegen wurde mit einem Nein-Anteil von 75.7% abgelehnt.